

Die Umschau

auf dem Gebiete des Zoll- und Steuer-Wesens.

Erscheint monatlich zweimal.

Preis
halbjährlich 2,50 M.
prämumerando
einschließlich Postgebühr.

Man abonniert bei allen Buchhandlungen und Post-Anstalten, bei der Expedition von **Eugen Schneider** in Minden i. Westf.

**Auskunftsblatt für Handel, Expedition, Gewerbe u. Industrie
in Zoll- und Steuerfragen auch des Auslandes.**

Zeitschrift für Zoll- und Steuer-Technik und Verwaltung.

Anzeigen

kosten 30 Pf. die halbe Petitzeile oder deren Raum.

Bei Wiederholungen billiger.

Expedition: Minden
Obermarktstraße 28.

Verlag v. **Eugen Schneider**
in Minden i. Westf.

Nr. 2.

Minden i. Westf., Januar 1888.

7. Jahrgang.

Inhalt:

Weitere Petition an den Bundesrath, die Ausführungsbest. zum neuen Branntweinsteuergesetz betr. (S. 9). Zoll- und Steuertechnisches: Schadenersatzpflichtigkeit der Steuerbehörde für Verluste im Spirituskeller (S. 10). Einige Fragen des neuen Branntweinsteuergesetz betr. (S. 12). Entziehung der Nagaben: Reichsger.-Ent. v. 28./10. 87 (Schluß) (S. 13). Reichsger.-Ent. v. 7./1. 87. Uebertragbarkeit des Legitimationscheines betr. (S. 14). Personalmeldungen (S. 15). Anzeigen (S. 16).

Weitere Petition an den Bundesrath, die Ausführungsbestimmungen zum neuen Branntweinsteuergesetz betreffend.

Berlin, den 3. Januar 1888.

Dem hohen Bundesrath

beehren wir uns nachstehend eine Reihe von Anträgen in Bezug auf die Ausführungsbestimmungen zum Gesetze vom 24. Juni 1887, betreffend die Besteuerung des Branntweins, ganz ergebenst zur hochgeneigten Berücksichtigung zu unterbreiten.

Gleichzeitig erlauben wir uns noch die ergebenste Bitte auszusprechen, daß der hohe Bundesrath Veranlassung nehmen möchte, dahin zu wirken, daß in allen Bundesstaaten baldmöglichst die vollständige Durchführung der gesetzlichen Kontrollmaßregeln bewirkt werde; insbesondere ist nach sicheren Mittheilungen von den Ausführungsbestimmungen zu § 13 VII in ausgedehnter und nach unserer Meinung unzulässiger Weise Gebrauch gemacht, wodurch die schlechte Preislage für Spiritus, besonders auch in Süddeutschland, mit veranlaßt ist.

Eines hohen Bundesraths

gehorsamster N. N.

des Vereins der Spiritusfabrikanten in Deutschland.

Zulässigkeit der Berechtigungsscheine zur Branntweinsteuerzahlung überhaupt.

Antrag: Die Bestimmungen über die durch Beschluß des Bundesraths vom 3. November eingeführten Berechtigungsscheine sind dahin zu erweitern,

- daß die Berechtigungsscheine nach ihrem vollen Werthe zur Zahlung von Branntweinsteuer überhaupt, insbesondere also der Maischraumsteuer, der Verbrauchsabgabe und des Zuschlags zur Verbrauchsabgabe verwendet werden dürfen,
- daß die Ausstellung von Berechtigungsscheinen für bereits vor Einführung derselben stattgefundene Spiritus-Abfertigungen genehmigt werde.

Begründung: Die Berechtigungsscheine haben der Steuerbehörde gegenüber stets einen Werth von 20 Mark; die Menge der Produktion, auf welche Berechtigungsscheine ausgestellt werden dürfen, ist sowohl im Ganzen wie auch in Bezug auf die einzelnen bestehenden Brennereien durch das Gesetz festgestellt und kann nicht überschritten werden; es kann also für das Reich nur eine Verschiebung der einzelnen Einnahme-Posten eintreten, eine Verminderung der Gesamteinnahme ist aber ausgeschlossen. Da die der Kontingentierung zu Grunde gelegte Jahresmenge für den inländischen Bedarf nicht ausreicht, wird, wenn ein Theil der Berechtigungsscheine statt zur Zahlung der Steuerjahrdifferenz zur Erlegung der Maischraumsteuer resp. der Verbrauchsabgabe und der Zuschläge zu derselben verwendet wird, eine entsprechende Menge mit 70 Mk. Steuer-belasteten Branntweins zum Inlandskonsum herangezogen werden müssen, es kann also durch die von uns beantragte Maßregel die Gefährdung eines fiskalischen Interesses nicht eintreten.

Die Steuerjahrdifferenz von 20 Mk. ist nach dem Sinne des Gesetzes dazu bestimmt, ausschließlich den bestehenden Brennereien zu Gute zu kommen, sie soll als eine Entschädigung betrachtet werden für die mit Einführung des neuen Gesetzes verdungenen Unkosten und für die durch die hohe Steuer erfolgenden Schäden und Nachteile, sowie für die nothwendig sich ergebende Veranlassung zur Beschränkung der Produktion. Die Differenz von 20 Mk. kommt aber, wie die Erfahrung seit Einführung des Gesetzes lehrt, nur in ganz unzureichendem Maße in dem Preisunterschied zwischen Konsumwaare und Exportspiritus und ebenso in dem bisherigen Werthstande der Berechtigungsscheine zum Ausdruck, und sie wird auch dann nicht voll zum Ausdruck gelangen, wenn das jetzige Uebergangsstadium überwunden sein wird.

Die Produktion der Konsumwaare ist keine über das ganze Jahr vertheilte, sie ist in der ersten Hälfte des Brennereijahres bei weitem stärker, als in den späteren Monaten; die Ansprüche des Konsums sind aber gleichmäßig über das ganze Jahr vertheilt, es wird daher in der stärkeren Produktionszeit ein übereiltes Ansammeln von Konsumwaare, beziehungs-